

Harmonisierung der europäischen Klima- und Energiepolitik

Wachstumsbeschleunigung ja, Klimaschutz nein

Die Biokraftstoffpolitik der Europäischen Union soll das Klima schützen, die Energiesicherheit garantieren und polit-ökonomische Vorteile bringen. Stehen diese Ziele in Konkurrenz zueinander, so werden polit-ökonomische Vorteile jedoch systematisch höher bewertet. Die sozial-ökologischen Krisen werden damit eher verstärkt als bekämpft. **Von Achim Brunnengräber**

Agrartreibstoffe verbrennen nicht nur in den Motoren europäischer Autos, sie haben längst auch die Politik angefeuert. Das Europäische Parlament will gemäß eines Beschlusses vom September 2013 die Nutzung von Agrartreibstoffen auf maximal sechs Prozent begrenzen.

Doch konservative und liberale Politiker untersagten dem Parlament, in der Sache konkrete Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen. Weil nun, so eine der rechtlichen Feinheiten der EU, die Mitgliedsstaaten tätig werden müssen, ist das Thema auf der langen Bank gelandet. Vor den Neuwahlen des Parlaments im Frühjahr 2014 ist mit einer Entscheidung nicht zu rechnen. Die Lager der Befürworter- und Gegner(innen) werden weiterhin zerstritten bleiben.

Eine Win-win-win-Situation

Und dabei fing alles mit einer klugen Überlegung an. Es war das ausgewiesene Ziel der Europäischen Kommission (EK) zwischen der Energie- und Klimapolitik Kohärenz herzustellen. Agrartreibstoffe schützen das globale Klima, den privaten Geldbeutel – E10 kostet an deutschen Tankstellen weniger als Super – und dienen noch dazu der nationalen Energiesicherheit. Eine Win-win-win-Situation! Doch die Rechnung will nicht so recht aufgehen (Brunnengräber 2007). Insbesondere die Auswirkungen der gewählten Instrumente auf die rohstoffproduzierenden Länder des Südens haben bereits zu Korrekturen geführt. Diese reichen aber nicht aus, um die Politik der EU auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen.

Im Gegenteil, trotz aller Erfahrungen mit dem Anstieg der Nahrungsmittelpreise, den Landnutzungsänderungen, der Degradation von Böden oder der Landverknappung in Entwicklungsländern hält die EU bisher an den bestehenden Beimischungszielen fest. Von einer reflexiven Gestaltung der europäischen Klima- und Energiepolitik, die die globalen Auswir-

kungen bisheriger Politikentscheidungen zum Ausgangspunkt für Veränderungen nimmt, kann bisher somit keine Rede sein.

Die Politik der Beimischung ist aber nur ein Beispiel für die polit-ökonomischen und ökologischen Widersprüche, mit der die Energie- und Klimapolitik der EU konfrontiert ist. Sie hat ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz längst verloren, weil andere Interessen wirkmächtiger wurden. Entsprechend ihrer Lissabon-Strategie will die EU zu einem wettbewerbsfähigen Global Player werden. Dafür sind aber erhebliche fossile wie nachwachsende Rohstoffe erforderlich. Diese können zu einem großen Anteil nicht im Binnenmarkt selbst gefördert beziehungsweise produziert, sondern müssen importiert werden. Die damit einhergehenden neuen geopolitischen Verteilungskonflikte um knappes Land, der Anstieg der Nahrungsmittelpreise und neue Strategien der Inwertsetzung institutioneller Anleger laufen aber der Armutsbekämpfung im globalen Süden zuwider und wirken obendrein ökologisch desaströs.

Wachstumsbeschleunigung

Fossile Energien, so die Europäische Kommission, werden in der EU auch weiterhin eine zentrale Rolle spielen, weil es um die „Sicherung der Energieversorgung und die Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung durch einen auf Spitzentechnologie beruhenden, kostenwirksamen und ressourceneffizienten Ansatz“ geht (Europäische Kommission 2013).

Dies sei notwendig, weil bereits heute eine wachsende Konkurrenz um den Zugang zu fossilen Energieträgern, ein weltweiter Preisanstieg für Öl, Kohle und Gas sowie wirtschaftliche Einbußen durch die Auswirkungen des Klimawandels für erhebliche weltpolitische Konflikte sorgten. Als Antwort darauf will die Europäische Kommission bei der Schaffung einer „Volkswirtschaft mit geringem Kohlenstoffeinsatz und hoher Energieeffizienz“ voranschreiten (Europäische Kommission 2008).

Dabei soll der Ausbau der erneuerbaren Energien auch als „Katalysator für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft“ dienen (ebd.). Doch nicht die EU ist der globalen Konkurrenz ausgesetzt, vielmehr sind es die einzelnen EU-Länder, die ihre nationale Energiesouveränität nicht aufgeben wollen. So stehen auch Klimaschutzmaßnahmen im Schatten der nationalen Energiesicherheit, die letztlich die in Deutschland gesetzlich verankerte Wachstumsbeschleunigung zum Ziel hat.

Strategische Rohstoffpolitik

Diesem Ziel soll auch der Ausbau der Agrartreibstoffe dienen. Deshalb muss ihre „umweltpolitische Nachhaltigkeit mit festen Wachstumskriterien gefördert werden“ (ebd.). Die fossilistische Energieversorgung sowie die hiermit verbundenen dominanten Mobilitätsmuster des Individualverkehrs werden hierdurch eher zementiert als infrage gestellt. Zugleich entstehen ganz neue Probleme: Erstens erwächst unvermeidlich eine Konkurrenz zwischen der Nutzung von Agrarrohstoffen für Nahrung, Futtermittel und Kraftstoffe. Zweitens zeigt sich, dass die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Transport- und Verkehrssektor über die Beimischung von Agrartreibstoffen nicht gelingt. Wenn der komplette Lebenszyklus der Treibstoffe vom Anbau über die Produktion bis zum Transport berücksichtigt wird, ist die Bilanz zweifelhaft und sieht nicht unbedingt besser aus als bei herkömmlichen fossilen Energieträgern (Crutzen et al. 2008).

Die weltweiten Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel der vergangenen Jahre weisen dramatisch auf die realen und zukünftigen Konflikte zwischen Ernährungssicherheit und -souveränität vor allem im globalen Süden und der Energiesicherheit im globalen Norden hin. Bereits bei der Frühjahrstagung der Weltbank 2008 in Washington erklärte ihr damaliger Direktor Robert Zoellick, dass rund 100 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern wegen der weltweit gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel weiter ins Elend abrutschen und 33 Länder von sozialem Chaos und politischen Unruhen heimgesucht werden könnten [1]. Aufstände und Hungerkrisen, wie sie in Haiti, Indonesien, Mexiko oder Bangladesch infolge der Nahrungsmittelpreissteigerungen beobachtet werden konnten, wären dann nur die Vorboten einer Entwicklung, die die zerstörerische Kraft des Wettbewerbs um billige Energien offenbart.

Doch nicht nur Spekulationen und neue perverse Strategien von Banken, Nahrungsmittel in Lagerhäusern zu horten, sind dafür ausschlaggebend (Müller 2011; Luig 2013). Auch politische Maßnahmen zielen in die falsche Richtung. Schon die EU-Subventionspolitik im Bereich der Nahrungsmittelimporte hat desaströse Effekte; ebenso wie die Beimischungsquote, die zunächst auf zehn Prozent bis zum Jahr 2020 festgelegt worden war. Das führte in Deutschland zur nationalen E10-Strategie. Längst aber sind die Auswirkungen einer solchen Politik wie Landnutzungskonflikte, Landgrabbing, das Abholzen von Regenwäldern, der Verlust an Artenvielfalt, die Ausweitung von Monokulturen und der intensive Einsatz von Pestiziden bekannt (siehe Backhouse/Dietz in diesem Heft).

Zwar sollen verbindliche Kriterien für die Bewahrung der Artenvielfalt und bestimmte Formen der Flächenumwidmung berücksichtigt werden. Doch sind Zweifel an der Durchsetzbarkeit solcher Kriterien angebracht (siehe auch Vogelpohl/Hirschl in diesem Heft). Beispiele wie der Forest Stewardship Council oder der Roundtable on Sustainable Palm Oil zeigen, dass der Anteil der zertifizierten Produkte am Weltmarkt mehr

„Klimaschutzmaßnahmen stehen im Schatten der Energiesicherheit und der Wachstumsziele der einzelnen Nationen.“

als bescheiden ist. Gleichzeitig wurde vielfach deutlich, dass transnationale Konzerne massiv gegen die Grundsätze der jeweiligen Systeme verstoßen – auch wenn sie heute Nachhaltigkeitskriterien und Umwelt- wie Sozialstandards in ihre Unternehmenskonzepte integrieren (Pye 2013). Es fehlt nach wie vor an den rechtlich verbindlichen und mit Sanktionsmacht ausgestatteten nationalen, europäischen wie internationalen Regelwerken, um die agrarindustrielle Produktion mit Menschenrechten und der Natur in Einklang zu bringen.

Letztlich werden wohl eher der Ressourcenbedarf und der Weltmarktpreis entscheiden, ob sich der Anbau von Biomasse wie Mais, Palmöl oder Soja und deren Umwandlung in Kraftstoffe lohnt. Die Effekte für Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden weniger entscheidend sein. Ein neuer globaler politökonomischer Energiekomplex aus endlichen Energieträgern, einem Agrobusiness für nachwachsende Rohstoffe und einem Markt für gentechnisch veränderte Produkte entsteht, der die Energieversorgung und damit Wachstum trotz aller Endzeitszenarien von fossilen Brennstoffen zu gewährleisten verspricht. Und es wird deutlich, dass die Profite und der hohe Lebensstandard des globalen Nordens in den Rohstoffproduktions- und Extraktionsstätten des globalen Südens gesichert werden sollen (Burchardt/Dietz 2013).

EU-Politik verstärkt sozial-ökologische Krisen

Wirtschaftliches Wachstum, die Standortkonkurrenz und ökonomische Stabilität basieren im sich konturierenden Anthropozän, der neuen, zerstörerischen menschheitsgeschichtlichen Epoche, auf der Verfügbarkeit und dem Verbrauch fossiler und nicht fossiler Ressourcen und Energieträger. Was also diese Epoche ausmacht, ist eine Kongruenz von fossilistischem Energiesystem und global dominierendem kapitalistischem Wirtschaftssystem. Der Zugriff auf strategisch wichtige Rohstoffe, zu denen heute auch die alten wie neuen Generationen der Energiepflanzen gehören, weitet sich aus.

Zugleich nehmen die Meldungen zu, dass sich die Schere zwischen globalem Energiehunger und Energieknappheit weiter öffnen wird. Lieferengpässe drohen, die Preise eskalieren und die Inflation steigt. Die starke Fixierung der EU auf niedrige Energiepreise und das Verharren im Fossilismus als Voraussetzung für ökonomische Stabilität und wirtschaftliches

Wachstum drohen aber, den Klimawandel zu verschärfen. Es fehlt ein Zuschnitt der Puzzleteile im Sinne einer lösungsorientierten Klimaschutz- und Energiepolitik, die den Fossilismus zurückdrängt. Agrotreibstoffe sind hierzu nicht geeignet, denn statt ernsthafte Alternativen aufzuzeigen, manifestieren sie bestehende Produktions-, Konsum- und Mobilitätsmuster. So wird der bestehende, nicht nachhaltige Energiepfad weiterhin politisch, geostrategisch und gegebenenfalls auch militärisch abgesichert. Damit werden die Grundlagen für einen Klimakapitalismus geschaffen, ohne die Vorzüge eines fossilen kapitalistischen Gesellschaftssystems aufgeben zu müssen.

Die weltpolitischen Schiefen zwischen rohstoffreichem Süden und industrialisiertem Norden und zwischen den Industrieländern und den in der globalen Konkurrenz längst ernstzunehmenden Schwellenländern sowie die Widersprüche zwischen Energiesicherheit und Klimapolitik bleiben so bestehen. Würden Klimaschutz und eine Reduktion der CO₂-Emissionen ernsthaft als Zielmenge formuliert, müsste die Anfang 2011 von der EK vorgelegte Roadmap zu einer Low Carbon Economy (Europäische Kommission 2011) das Öl-Zeitalter überwinden helfen; und zwar noch ehe die Verknappung der fossilen Energieträger eintritt. Doch das europäische Puzzle aus Energie- und Klimapolitik passt einfach nicht zusammen.

Anmerkung

[1] „Food Price Surge Could Mean ‚7 Lost Years‘ in Poverty Fight“; Presseerklärung von Weltbank-Präsident Robert B. Zoellick. www.worldbank.org. Zugriffsdatum: 14. 4. 2008.

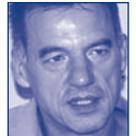
Literatur

Brunnengräber, A. (2007): Energiesicherheit vor Klimaschutz. In: Melber, H./Wilß, C. (Hrsg.): G8 Macht Politik: Wie die Welt beherrscht wird. Frankfurt am Main, Brandes & Apsel, S. 113–123.

- Burchardt, H.-J./Dietz, K. (2013): „Extraktivismus in Lateinamerika – der Versuch einer Fundierung“. In: Burchardt, H.-J. et al. (Hrsg.): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika. Baden-Baden, Nomos, S. 181–200.
- Crutzen, P.J. et al. (2008): N₂O release from agro-biofuel production negates global warming reduction by replacing fossil fuels. In: Atmos. Chem. Phys. 8, S. 1389–1395.
- Europäische Kommission (2008): 20 und 20 bis 2020. Chancen Europas im Klimawandel. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen (KOM (2008) 30). Brüssel.
- Europäische Kommission (2011): A new EU economic governance – a comprehensive Commission package of proposals. Brüssel.
- Europäische Kommission (2013): Grünbuch. Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (COM (2013) 169). Brüssel.
- Luig, B. (2013): Business Case' Hungerbekämpfung. Der fragwürdige Beitrag von Agribusiness und Nahrungsmittelindustrie zur Ernährungssicherheit. Berlin, Forum Umwelt und Entwicklung.
- Müller, D. (2011): Unschuldsmysmen. Wie die Nahrungsmittelspekulation den Hunger anheizt. Studie im Auftrag von Misereor. Aachen.
- Pye, O. (2013): An Analysis of Transnational Environmental Campaigning around Palm Oil. In: Pye, O./Bhattacharya, J. (Hrsg.): The Palm Oil Controversy in Southeast Asia. A Transnational Perspective. Pasir Panjang (Singapore), ISEAS Publishing, S. 179–198.

AUTOR + KONTAKT

Dr. Achim Brunnengräber ist Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin und Leiter des vom BMBF-geförderten Projektes „Nukleare Entsorgung aus Multi Level Governance-Perspektive“ am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU).



Freie Universität Berlin, Environmental Policy Research Centre (FFU), FB Politik- und Sozialwissenschaften, Ihnestr. 22, 14195 Berlin. Tel.: +49 30 83858628, E-Mail: priklima@zedat.fu-berlin.de, Internet: www.fu-berlin.de/ffu, www.globalpolicy.de



S wie Stadtentwicklung

Wolfgang Schuster zeigt wie eine nachhaltige Alltagskultur in Städten gestaltet werden kann. Er führt vor Augen, wie Nachhaltigkeit in 21 konkreten kommunalen Aufgabenfeldern umgesetzt werden kann. Von städtebaulicher Entwicklung, über Lebenslanges Lernen bis hin zur Bürgergesellschaft erläutert er Leitziele, benennt Aufgaben und schildert praxiserprobte Lösungswege.

W. Schuster

Nachhaltige Städte – Lebensräume der Zukunft
Kompendium für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Stuttgart

152 Seiten, Hardcover, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86581-327-5

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Copyright © 2013, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).